

SPD-Oppositionstagung in Baden

Für gemeinsame Front mit den Kommunisten / Uebertritte zur KPD

Mannheim, 8. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Sonntag hatte die kommunistische Partei des Bezirks Baden zu einer Massenversammlung aufgerufen, in der die von der Sozialdemokratie übergetretenen Genossen Jakobshagen, ehemaliger Reichstagsabgeordneter der SPD und Genossin Jakobshagen, Mitglied des Bezirksvorstandes der plötzlichen SPD, der Genosse Böhlen, ehemaliger Sekretär der Friedensgesellschaft Freiburg, sprachen. Die Versammlung antwortete auf die Erklärung der übergetretenen Genossen mit beifolgendem Beifall. Eine Reihe Reden der Sozialdemokratischen Partei, die in der SPD-Fresse mit einer Störung der Versammlung gedroht hatten, magten nicht, auch nur ein Wort auf die Erklärung der Genossen zu sagen. Diese Versammlung war der Auftakt zur Konferenz oppositioneller sozialdemokratischer Arbeiter und Funktionäre des Bezirks Baden und der Pfalz am Sonntag vormittag. Der Genosse Kahlke, Berlin, ehemaliger Ausführender der SPD, hielt ein einleitendes Referat. Dann sprach die Genossin Maria Kees. In der anschließenden Diskussion sprachen oppositionelle SPD-Arbeiter aus Baden und der Pfalz. Einmütig war der Wille der erschienenen Funktionäre, die zahlreiche Mitglieder hinter sich haben, zur gemeinsamen Front mit den kommunistischen Arbeitern gegen Faschismus und Notverordnungsbildung. Im Anschluß an die Versammlung traten neun sozialdemokratische

Arbeiter und Funktionäre der kommunistischen Partei bei. Die Konferenz erließ ein Manifest an die sozialdemokratischen Arbeiter von Baden und der Pfalz. Gleichfalls gab eine Gruppe von oppositionellen Mitgliedern der SPD eine Erklärung an die SPD und Jungsozialisten heraus, in der zu einer Konferenz oppositioneller SPD-Mitglieder am 28. Juni in Mannheim aufgerufen wird.

Reichsbannertag in Wauken zum Schutze der Brüning-Diktatur

Wauken, den 7. Juni.

Gestern Sonntag fand in Wauken das mit Tausend angekündigte Reichsbannertreffen statt. Trotzdem man vorher 6 bis 8000 Mann ankündigte, war kaum die Hälfte erschienen. Das Reichsbanner aus ganz Ostfriesland und auch aus preussischen Gebieten war vertreten. Ein tägliches Ergebnis, wenn man die Mitgliederzahl der SPD Ostfrieslands von 3000 mit in den Vergleich zieht. Außer dem Generalsekretär des RB von Wauken sprachen zwei Regierungsräte. Sie regten sich darüber auf, daß in Wauken so wenig feigelegt sei und erklärten, die Behörden sollten der RB für den Schutz, den es der Republik leihe, danken.

Konsumverein in Halle gerettet!

Niederlage der reformistischen Hyänen

Heute sollte die von den reformistischen Führern der Genossenschaft des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erzwungene Zwangsvereinbarung des zentralen Verwaltungsgeschäftes, der Großhandels- und des Zentralvertriebs des roten Konsumvereins Halle durchgeführt werden. Die nationalbewußte Arbeiterfront verwandelte durch ihren Opferwillen die „Zwangsvereinbarung“ zu einer großen Niederlage der reformistischen Genossenschaftspalster, die darüber in größte Bestürzung gerieten.

Wir zeigten schon vor einigen Tagen, im Zusammenhang mit dem Bericht über den holländischen Kampferfolg in der Vertreterversammlung des RB Halle, die Zwangsvereinbarung an. Das sollte die Hauptaktion der sozialfaschistischen GGG-Führerschaft zur Zerstückelung des roten RB Halle werden, nachdem die bisherigen schändlichen Methoden erfolglos blieben. Die Aufhebung der Zwangsvereinbarung der Grundstücke war durch die GGG-Hypothek von 400.000 Mark unmöglich. Die Reformisten wollten also für diese lumpigen 400.000 Mark die Kassenanlagen an sich reißen. Der umfangreiche Wert der Anlagen kommt darin zum Ausdruck, daß erst vor 2 Jahren 1,8 Millionen

Mark, die gesamten Sparanlagen der kleinen Sporer (mit Einverständnis der Hamburger Instanzen), hineingebaut wurden. So wollten also die sozialdemokratischen GGG-Führerschaften das Arbeiterparlament um ihren Notgroßden bringen und die wirtschaftliche Grundlage für das Jubiläum des roten RB zerstören. Durch das zielbewußte und einflussreiche Auftreten der revolutionären Genossenschaftspalster, um die sich seit die revolutionäre Arbeiterfront (Kort, Scheiterte nun auch der letzte Versuch der reformistischen Genossenschaftspalster am Opferwillen des revolutionären Proletariats, das sich zur Zwangsvereinbarung zahlreich eingeklinkt hatte. Die GGG-Vertreter gerieten in große Bestürzung, als Kunde des roten RB in die Verteilung eingriffen und den reformistischen Gewerkschaftshyänen die faherlässige Beute entzogen.

Wie die beglückten Hyänen die Reformisten, um mit ihnen die erdrückenden Brandherde, dann, während die anwesenden Arbeiter, begeistert über ihren Sieg, ein erhellendes Rot-Front ausriefen.

Heraus mit dem Bauernführer Heim!

Das revolutionäre Proletariat betreibt seine Freilassung

Am Freitag haben die Genossen Puh, Kersch und Kow in einer Unterredung mit dem preussischen Justizminister Schmidt die in der roten Fackel vom 4. 8. dargelegte Stellungnahme zur Frage der Freilassung des zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilten Landvolkführers Claus Heim unterbreitet und unter Hinweis auf die Resolution des Reichsbauernbundes und der Fuldaer Konferenz radikaler Bauernführer die sofortige Freilassung von Claus Heim verlangt.

Der Justizminister teilte zunächst mit, daß im Einvernehmen mit Seering und Braun vor etwa 14 Tagen die Freilassung abgelehnt und Claus Heim inspektion von Altona ins Zuchthaus Jelle überführt worden sei.

Wenn jedoch die kommunistische Partei die Forderung auf Freilassung erhebe, so sei damit eine völlig neue Situation geschaffen, die die Staatsregierung veranlassen werde, erneut Stellung zu nehmen.

Justizminister Schmidt sah sich zu der Verweigerung veranlaßt, daß Claus Heim nach keinen Informationen offenbar nicht zu jenen gehöre, die sonst die Zuchthäuser besetzen. Gegen seine Freilassung würden jedoch Gründe der Staatsraison sprechen, die besonders der Innenminister Seering geltend mache. Außer-

dem seien gegen eine Freilassung von Claus Heim die harten Bestimmungen des Sprengstoffgesetzes ein Hemmnis. Bei dieser Gelegenheit machte der Justizminister Schmidt die revolutionäre Verweigerung, daß das Sprengstoffgesetz nicht mehr zeitgemäß sei, denn das Pantieren mit Bomben sei seit dem Kriege anders als früher zu bewerten, da wir es ja alle im Kriege gelernt haben. Außerdem müßte man auch die besonderen Notzeiten dabei berücksichtigen.

Nachdem das revolutionäre Proletariat die Freilassung des Bauernführers Claus Heim zu seiner Angelegenheit gemacht hat und sie im Zusammenhang mit dem Kampf um die Freilassung seiner politischen Gefangenen stellt, ist durch die Aktion unserer Genossen die Frage der Freilassung von Claus Heim in ein entscheidendes Stadium getreten.

Im gemeinsamen Kampf müssen die Arbeiter und armen Bauern um die Freilassung aller Opfer der Klassenjustiz kämpfen. Wenn sich das Volk ebenso entschließen für die Sache der Roten oder Ueberzeugung zum „Zuchthausler“ gemordeten Proletariat eintritt, wie die kommunistische Partei alle die revolutionären Führer seiner Sache, dann muß es gelingen, alle Fesseln des Volkes aus dem Kerker zu befreien.

Glänzender Verlauf der UB-Konferenzen der KPD

Welter fanden in mehreren Unterbezirken des Bezirks Sachsen der KPD außerordentliche UB-Konferenzen statt, die sämtlich einen glänzenden Verlauf nahmen. Außer den Delegierten aller Ortsgruppen und Zellen nahmen zahlreiche partei- und sozialdemokratische Arbeiter als Gäste teil. Auf der UB-Konferenz in Dresden, auf der Genosse Oswald Blau das politische Referat hielt, gaben unter anderem Beifall zwei sozialdemokratische Funktionäre und ein nationalsozialistischer SWP-Führer. Erklärungen über ihren Uebertritt zur kommunistischen Partei ab. Die Resolutionen der Bezirksleitung fanden einstimmige Annahme.

Über den Verlauf der Konferenz und die bedeutungsvollen Erklärungen der Uebergetretenen werden wir morgen ausführlich berichten. Diese UB-Konferenzen waren erste Antworten der kommunistischen Partei an die Weimarer, Hitler und Wels.

Unter großer Beteiligung vieler parteiloser Arbeiter und Arbeiterinnen als Gäste fand der Unterbezirkskongress der KPD in Dresden statt. Genosse Maria Schneider, Dresden, referierte über die Aufgaben der Partei. Die vorgelegte Entschließung des UB nahm selbstkritisch zu den Fehlern und Schwächen im Unterbezirk Stellung und wurde einstimmig angenommen.

8 bis 11 Prozent Lohnraub

Gegen die Monteur für Heizung, Gas- und Wasseranlagen im Tarifgebiet Sachsen wurde von der eingeleiteten Schlichtungskammer ein Schlichtungsprüfungsverfahren eingeleitet, das einen Lohnraub von 8 bis 11 Prozent diktiert. Der Schlichtungsprüfungsbericht ist für beide Parteien bindend.

Es kam so, wie mit vorauslag. Die Vereinbarung der DMSB-Genossen, eine Schlichtungskommission einzusetzen, die einen per-

sondlichen Spruch fällt, sollte die Installationsmonteure vor der Metallfront trennen. Kennzeichnend für die bewußte Unterdrückung der Lohnraub durch die Tarifgräber und Händel ist, daß sie diesen Lohnraubspruch an den Metallern verschwiegen.

Welter tagte die große Tarifkommission des DMSB um den Schlichtungsprüfungsbericht in der Metallindustrie „Stellung“ zu nehmen. Schon jetzt steht fest, daß der DMSB nichts unternimmt gegen den Lohnraub-Schlichtungsprüfungsbericht, sondern die Metallarbeiter bis zur Hindurchführung hinaushalten beabsichtigt. Die Metallarbeiter dürfen nicht einen neuen Verrat durch die Händel u. Co. über sich ergehen lassen. Beschließt in den Betrieben den Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub unter Führung der KPD!

Heute 20 Uhr, Sitzung des zentralen vorbereitenden Komitees auszufüllen in Dresden, Zuchthaus.

Das Charkower Traktorenwerk vor der Inbetriebnahme

Moskau, den 6. Juni 1931.

Im Juli wird einer der 318 Industriezentren, das Charkower Traktorenwerk, mit einer Jahresproduktion von 10.000 Traktoren in Betrieb gehen. Aus Charkow wird gemeldet, daß das Ministerium der Arbeit der Traktorenwerke in den wichtigsten Werkabteilungen zu 118 Prozent ausgefüllt ist. Das höchste Tempo bei der Errichtung des Charkower Traktorenwerkes geschah bei der Erfüllung der gestellten Aufgabe: Im Juli werden die ersten Traktoren fertiggestellt werden. Die Arbeiter wideln sich auf der Grundlage des breiten ereignissen sozialistischen Wettbewerbs ab, der von den Betrieben in die Wege geleitet, zunächst auf die Maurer und jetzt auch auf die Monteure übergreifen hat.

Entweder der Ausbesserung der werktätigen Mehrheit des deutschen Volkes zu Gunsten der ausbeutenden Minderheit, muß erlitten werden durch eine neue Gesellschaftsordnung, die geleitet wird von den Schaffenden in Stadt und Land, von den Arbeitern und Bauern, die dem werktätigen Volk die Früchte seiner Arbeit gibt, die Technik und Wissenschaft nicht mehr unter das Joch kapitalistischer Ausbeutung zwingt, sondern sie frei als entfalten läßt zur Steigerung der Produktivkräfte, zur Erhöhung der Produktion und gleichzeitig die Steigerung der Konsumkraft zum obersten Grundsatze der gesamten Wirtschaft macht.

Ganz klar zeigen sich die Fronten: Alles, was auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, alles was im Rahmen und mit den Mitteln des bürgerlichen Staates regieren will, und regiert, alles, was zu „reformieren“ vorzählt und dabei die Aufrechterhaltung dieser krummen Gesellschaftsordnung des Schmarotzertums ermöglicht, alle die politischen Parteien des Kapitals, das Zentrum und die Sozialdemokraten, die Volkspartei und die Staatspartei, die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, alle stehen in einer Front mit dem Kapital. Die SPD billigt die Notverordnung und hat sie ermöglicht. Dieser Front stellt sich entgegen bis Maße der dem Hungerloch preisgegebenen Erwerbslosen, der Kriegs- und Arbeitsopfer, das empörte und ausgeplünderte Bauernvolk, die im Lohn und Arbeit betrogenen Betriebsproleten, die als Schutzwehr gegen die Massen des Volkes mißbrauchten und dabei aufs schärfste ausgebeuteten Beamten und Angestellten, an der Spitze dieses Heeres des arbeitenden Volkes steht die kommunistische Partei als Führerin, als Organisatorin. Sie erklärt nicht nur ihre unerschütterliche Bereitschaft zur Zusammenziehung aller Kräfte des Volkes, sie beweist auch in der Tat durch Organisation des Kampfes gegen jeden Lohnraub in den Betrieben, durch Mobilisierung der Stempelstellen, durch zähe Arbeit unter dem schneidenden Landvolk, durch Aufklärung und Gewinnung der unteren und mittleren Beamten und Angestellten und des proletarischen Mittelstandes ihren eisernen, unbegleiteten Willen, im Kampf um die Rechte des Volkes, um ein menschenwürdiges Dasein um das Lebensglück der schaffenden Massen an der Spitze zu stehen. Der Arbeitsbeschaffungsplan und das Heuterrichtungsprogramm der KPD sind der Ausdruck dieses Willens. Um die Verwirklichung dieser Kampfpläne muß sich das schaffende Volk sammeln um das rote Banner des Volkstums gegen Kapitalist, Nationalsozialismus und Arbeiterverrat. Aus den Betrieben und Stempelstellen, aus den Kassen, den Läden des Mittelstandes, den elenden Behausungen der Landarbeiter und den Häusern der Arbeiterhäuser, hallt der Schrei der Empörung des Arbeitervolkes. Dieser Empörung Ausdruck zu verleihen, verpflichtet sich die kommunistische Partei vor dem gesamten arbeitenden Volk. Im Namen aller Arbeitenden ruft sie: Schließt die Einheitsfront zur Volksaktion für Arbeit, Brot, Freiheit! Diese Diktaturverordnung muß fallen, wenn das Volk leben will!

Der Dresden Anzeiger kennzeichnet das plumpe Parteitagsmanöver der Brüning-Sozialisten, das im Anschluß an die Annahme der Resolution durchgeführt wurde, erneut auf folgende Weise:

„Eine Entschließung Aufhänger-Künstler empfiehlt der Parteivorstand noch zur Annahme. Die schließt mit dem Satz:

„Die Sozialdemokratische Partei wird in ihrer künftigen Haltung zur Reichsregierung sich davon bestimmen lassen, daß es gelingt, die lebenswichtigsten Arbeiterinteressen zu sichern.“

Diese Entschließung konnte ruhig angenommen werden, denn ihre allgemeine Fassung hindert ja die Entschiedenheit der Fraktion gegenüber der Notverordnung, die sie mit der Annahme des oben im Wortlaut wiedergegebenen Antrages des Parteivorstandes und Parteiaussschusses erhalten hat, in seiner Weise. Und daß die Fraktion diese Entschiedenheit nicht gegen die Regierung Brüning auszuüben wird, das hat der Verlauf des Parteitages klar bewiesen.“

Diese Erklärung zeigt den unverhüllten Triumph der Fourgesche über den Sieg ihrer Kommitte in Leipzig. Das Dresden Arbeiterorgan selbst hat die Hände über die Zuverlässigkeit der SPD-Führer keinen Herrn und Meister gegenüber. Angehörig des ungeheuerlichen Ausmaßes des Diktators Brüning gibt es für viele Führer keine treffendere und vernichtendere Bezeichnung als — Brüning-Sozialisten! Ein Klassenbewußter Prolet kann kein Brüning-Sozialist sein, das werden die ehrlichen SPD-Arbeiter den Herren Arzt und Coel klar machen!

KB-Fraktion fordert sofortige Aufhebung der Notverordnung

Die kommunistische Fraktion hat sofort folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: Die zweite Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 (RGBl. Teil 1 Nr. 22) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.“

Außerdem haben die Kommunisten erneut Antrag auf Einberufung des Reichstages gestellt. Zur Beratung des kommunistischen Antrages ist eine Sitzung des Reichstages am Mittwoch anberaumt worden.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet zu dem Echo des KPD-Vorkämpfers, daß die SPD im Reichstages den kommunistischen Antrag auf Reichstagesauflösung erneut ablehnen wird. Diesmal jedoch mit der „Begründung“, daß sie am Freitag eine Fraktionsabstimmung der SPD-Abgeordneten einberufen hat. Dieses schamlose Manöver für die Diktaturverordnung wird von der Brüning-Fraktion mit Beifall aufgenommen. SPD-Arbeiter! Kommt ihr noch an dem Verrat der SPD-Führer zweifeln? Sie treten eure Interessen mit Füßen und verhöhnen euch noch dazu.

Welschwasser, 7. Juni.

Hier kam es zu großen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Nazis. Polizeioffiziere stellten sich auf die Seite der Nazis. Die Polizei gab wiederholt Schüsse ab. Sieben Polizisten wurden verletzt. Viele Verhaftungen vorgenommen.

Telegramm

„Zeuge des großartigen Aufbaues in der Sowjet-Union. Wünsche Solidaritätskundgebung am 14. Juni und IAH kräftigsten Vormarsch. Friedr. Wolf“

Mit diesem Telegramm begrüßt der Vorkämpfer gegen den § 218 den internationalen Solidaritätstag der IAH.

Surdeinbr
Zusammen

Die geb
offiziellen un
Geschäftsver
durchföhrer
der letzten W
Wirtschaftsfr
„normalen“
Vertreter plü
Esagation, s
folgen sollen
mehr in die
immer erneu
benen bisher
übertraf.

Im Anfr
sich Folger
im Zusammen
den Ausdruc
mehr als ein
ind von ihm
In Am
die im nerp
auch eine Br
der Kapitali
einer Gebet
innere Wirt
Unternehmen
sch oder nie
Wochen war
wenn in die
leute von ein
Zunehmigkeit
argelten, we
gens von Z
grade die V
übergehende
meilen prof
U n i t e d S

Kraßer
den Zulem
anfalt p
lammendru
es sich nicht
Stimmesföhr
Culterreichs,
Wille- und
nach seinem
religiöse B
nicht nur U
weit über

Dieser G
hochfinanz
aktion“ im
übrigen „a
Jemmenbr
nor sehr Z
bertrieb d
siner Finanz
Page in De
es bereits
Kreizen mu
in Wittefe
Von du
aktion“ zu
Rolle s
heimwehre
Tage dem
der Kredit

Bar
Der Ro

Von dem

Bar
Der Ro

Von dem

Von dem

Von dem

Von dem

Von dem

Von dem

Von dem

Von dem